

Er scheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Abonnementpreis  
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro  
Quartal.  
Monatlich-Abonnement  
werden bei allen deutschen Postämtern  
auf den 2. und 3. Monat, auch auf den  
3. Monat besond. (sonst) genommen; im  
Königreich Sachsen und Herzogth. Sachsen-  
Altenburg auch auf den 1. Monat  
des Quartals à 54 Pf.  
Inserate  
letz. Veranlassungen 10 Pf. 10 Pf.  
letz. Privatangelegenheiten und Briefe pro  
Zeile 10 Pf.

# Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 51.

Mittwoch, 2. Mai.

1877.

## Abonnements auf den „Vorwärts“

für Monat Mai u. Juni zu M. 1. 10. werden bei allen deutschen Postämtern, für Leipzig pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarzdorf, Reudnitz, Neuschönfeld etc. bei Frau Engel, Reudnitz, Tauschenweg 29, 2 Tr., für Sonnwitz etc. bei Hädert, Kurgasse 10 part., für Kleinschöcher u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/1, für Thonberg bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, Neureudnitz bei Bschau, 15 I, für Flagwitz-Lindenau bei Frau Grafenstein, Aurelienstr. 3, für Gohlis etc. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für Stötteritz bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für Berlin wird auf den „Vorwärts“ monatlich für 75 Pf. frei in's Haus abonniert, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse“, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

## Anerkennung über Anerkennung.

Die anständigen Gegner können dem Arbeiterschutzgesetz, welches die sozialistischen Abgeordneten im Reichstage eingebracht haben, in vieler Beziehung ihre Anerkennung nicht versagen; solches Lob aber kann uns im Grunde genommen gleichgültig sein, da dasselbe ja nur Vorschlägen gezollt wird, welche naturgemäß in den Rahmen der heutigen Gesetzgebung hineingepaßt werden mußten. Auch wird die Anerkennung der anständigen Gegner weitens ausgewogen durch das Gebel der Leute, welche der Fahne eines Eugen Richter und eines Max Hirsch folgen.

Wir wollen uns heute in Kürze mit einer weiteren Anerkennung beschäftigen, die unsere Agitation, unsere Parteitalität und unser Verhältnis zum gesammten Volke berührt.

Das sonst so sozialistenfeindliche „Communalblatt für Königsberg“ bringt einen Leitartikel: „Aus sozialistischen Kreisen“, dem wir nachstehende wichtige Betrachtungen entnehmen:

„Die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstages haben dieser Tage auf die letzten Tage des Monats Mai einen Parteicongress nach Gotha einberufen. Das Ausschreiben, in welchem dieses geschieht, und welches von allen Blättern der Partei veröffentlicht wurde, giebt in mehrfacher Hinsicht zu denken. Es beginnt mit den Worten: „Parteigenossen! Von Euch mit der Vertretung der Interessen des arbeitenden Volkes im Reichstage betraut, halten wir es für unsere Pflicht, uns mit Euch über die nun vorzunehmenden weiteren Schritte in und außer dem Reichstage zu verständigen.“ Diese Worte zeigen uns ein Verhältnis zwischen Wählern und Gewählten, das etwas ungemein anheimelndes hat, das aber wenigstens in dieser Weise bei den anderen Parteien, auch bei den liberalen nicht existirt. Allerdings besteht bei uns in Deutschland kein imperatives (gebundenes) Mandat; allein zwischen einem solchen und der Abwesenheit von jeder intimen Beziehung zwischen dem Abgeordneten und dem Gros seiner Wähler, wie sie innerhalb der liberalen Partei gar nicht selten zu beobachten ist, liegt ein weiter Raum, für dessen zweckmäßige Ausfüllung das Verfahren der Sozialdemokraten einen praktischen Fingerzeig giebt. Jedenfalls dürfte es sich empfehlen, wenn alle Abgeordneten darnach trachteten, über dem Streben, Fühlung nach oben zu gewinnen, die Fühlung nach unten nicht zu verlieren; und je mehr wir in dieser Hinsicht von den Gegnern lernen, um so zuträglicher dürfte dies der Würde unserer Vertretung im Reichstage sein. Das erwähnte Ausschreiben der Sozialdemokraten fährt dann fort: „Besonders erscheint es uns notwendig, den Plan für die weitere Agitation und Organisation der Partei festzustellen.“ Auch aus diesen Worten tritt uns ein Gedanke entgegen, der im Schoße unserer Partei meist nur durch seine Abwesenheit glänzt. Die Sozialdemokraten räumen sich gelegentlich — und namentlich geschieht dies auch in der Einladung zu ihrem Congresse — der großartigen Erfolge, welche sie bei den letzten Reichstagswahlen erzielten; aber dabei vergessen sie auch nicht einen Augenblick, daß ihnen noch keineswegs jene Macht zu Gebote steht, welche zur Bewirkung ihrer auf Staat und Gesellschaft bezüglichen Umgestaltungspläne erforderlich sein würde, und die Frage, wie sie diese Macht mittels des allgemeinen Stimmrechtes am sichersten und am reichsten erlangen, beschäftigt sie Tag und Nacht und beherrscht ausschließlich ihre ganze Parteithätigkeit. Man werfe nur einen Blick in die sozialdemokratischen Blätter, und man wird staunen über die große Zahl von Volksversammlungen, die sie in immer weiteren Kreisen veranstalten, und auf denen sie eine für uns äußerst gefährliche Propaganda für ihre Prinzipien in Bevölkerungsschichten machen, die bis jetzt bei den Wahlen theilweise für uns gestimmt haben; ja in diesen haben sie sich bereits auf den Weg öffentlicher Disputationen begeben, und es würde Thorheit sein, leugnen zu wollen, daß ihre handgreifliche Beredsamkeit auch gegenüber hochgebildeten Vorkämpfern unserer Sache niemals ohne allen Erfolg bleibt. Es ist diesen klug berechneten, umfassenden und ausdauernden Agitationen der Sozialdemokraten gegenüber in neuerer Zeit ja Manches geschehen. Aber es ist unbestritten, daß im Allgemeinen die liberalen Parteien bezüglich des systematischen Arbeitens der sozialdemokratischen nachstehen, wir können von ihnen lernen, und daß wir bei ihnen in die Schule gehen, ist keine Schande für uns.“

Zunächst wollen wir noch bemerken, daß nicht nur in Gießen, sondern auch in Altona, Berlin, Cassel, Hamburg, Leipzig etc. etc.

wiederholt Disputationen zwischen Sozialisten und „Liberalen“ stattfanden, die bekanntlich zu Gunsten der ersteren ausgingen.

Nichts aber freut uns bei aller Anerkennung unserer Taktik in dem obigen Artikel mehr, als daß die gegnerischen Parteien bei uns in die Schule gehen sollen, und nichts ist bezeichnender, als daß, wenn sie von uns gelernt hätten, dies zuträglich der Würde ihrer Vertretung im Reichstage sei.

Bei den Wahlen heißt es immer bei den Gegnern: es ist eine Schande für den oder jenen Kreis, einen Sozialisten in den Reichstag zu senden, jetzt aber erklärt ein gewichtiges gegnerisches Blatt, daß man von den Sozialisten eine würdevolle Vertretung lernen könne.

Und wahr ist diese Mahnung an die Herren Volksvertreter der anderen Parteien, und brav ist es von einem conservativ-liberalen Blatte, daß sie dieselbe ausspricht, nämlich: daß die Vertreter der nicht sozialistischen Parteien vor lauter Bauchrutschen vor der Macht die Interessen des Volkes nicht vergessen sollen.

Möge das Volk bei jeder Wahl aber die Thatsache beachten, daß es in Wirklichkeit von den Machtanbetern vollständig vergessen worden ist und auch vergessen wird.

## Die russische Kulturmission.

Unsere liberalen Zeitungsblätter haben nahezu ein volles Jahr in allen möglichen Tonarten über die Bedrückung der christlichen Völkerschaften im Orient ihre Entrüstung geäußert, wiewohl sie recht gut wußten, daß der größte Theil jener Bedrückungen zumeist nur die natürliche Folge des bekannten „Kabel auf Reiben“, der das Feuer zu schüren bestimmt war, gewesen, und wogegen die türkische Herrschaft ankämpfen mußte, theils aber auch in der geschichtlichen Ausdehnung nur in der Phantasie der russischen Soldaten existirt hat. Unsere liberalen Zeitungsblätter, und obenan der Sozialistenfresser Herr Professor Dr. v. Treitschke, schwammen tief im russischen Jahraasser und trugen so ihr gut Theil bei zu der Türkei, auf daß das heilige Rußland seine knutschwingende Kulturmission mit bewaffneter Hand nach dem Orient trage.

Es war dies das Amt der Dankbarkeit an den „Erbfreund“ für die 1870 geleisteten passiven Dienste. Schläge du deinen Juden, ich werde den meinigen schlagen, ein Liebedienst ist des andern werth!

Von den schauerhaften Bedrückungen, welche die der nicht griechisch-orthodoxen Kirche angehörigen Christen im heiligen Rußland durchzumachen haben, findet aber unsere Reptilienpresse nicht die geringste Lust, Notiz zu nehmen. Kaum daß wir einige blasse Andeutungen über jene unmenschlichen Vorgänge in diesem und jenem Reptilienblatte vorfinden, und doch waren die Schilderungen jener haarsträubenden Gräueln in der ausführlichsten Weise altemäßig dargestellt in der „Kölnischen Zeitung“ zu finden,\*) in einem Blatte, welches die verschiedensten Reptilien-Redakteure sonst keinen Anstand nahmen bei den verschiedensten Anlässen zu citiren.

So hilft das große, freie, einige Deutschland, das Volk der Denker, dem russischen Nachbar seine Kulturmission zu erfüllen, seinen Raubzug nach dem Orient, moralisch unterstützt, zu unternehmen.

Der Einmarsch der Russen nach Rumänien ist bereits erfolgt. Der Donau entlang harret der Osmane, in seinen Festungen gesichert und verschanzt, der Anmarsch der russischen Kulturkämpfer, um sie würdig zu empfangen. Noch ehe diese Feilen die Presse verlassen, dürfte der Waffentanz angehen, und die Ufer der schönen blauen Donau werden in rothem blutigem Glanze leuchten.

Die Donau, ein deutscher Strom und eine der wichtigsten Wasser- und Handelsstraßen, läuft nun Gefahr, unter russische Protektion zu geraten, und der Osmane ist es, der dagegen anzukämpfen hat, aber auf die Dauer wird der zunächst interessirte Nachbar Oesterreich dieser moskowitischen Kulturarbeit nicht unthätig zusehen können und früher oder später wird auch dieses Land vertheidigt gezwungen sein, in die Aktion zu treten, und diese Wahrheitsliebe voraussetzend, hat Rußland schon rechtzeitig vorgeföhrt, daß Oesterreich an seinen südlichen Grenzen mit dem italienischen Nachbar zu thun bekommt. Damit ist das sogenannte Welschtirol, das Küstenland und wahrscheinlich auch Triest, bisher stets noch als ein integrierender Theil von Deutschland betrachtet, in Gefahr!

Auf der einen Seite die Donau, auf der andern einer der wichtigsten Häfen in Gefahr, von Deutschland entfremdet zu werden, das ist das Resultat der deutschen, von der liberalen Reptilienpresse unterstützten Politik — der Dank für 1870 an den Erbfreund, den moskowitischen Kulturkämpfer.

Daß zugleich einige Aussicht vorhanden ist, daß auch Deutschland nicht unbefähigt bleiben soll bei diesem allgemeinen europäischen Waffentanz, das haben wir erst kürzlich aus sehr verlässlichem Munde im Reichstage zu hören bekommen. Indessen, wir können nicht wissen, zu was das gut ist, vielleicht ist dies gerade die in Aussicht gestellte neue Wirthschaftspolitik, wodurch der Nothstand durch Fulverdampf aus der Welt geschafft werden soll, jedenfalls darf man annehmen, daß dabei etwas aus der Welt geschafft wird, zum mindesten einige Hunderttausend Beschäftigungslose, daher überflüssige Menschen.

Es geht eben nichts über die Kulturmission der Nationen, an deren Spitze heute das heilige Rußland marschirt!

\*) Wir brachten einen Auszug in der vorigen Nummer und werden in nächster Nummer im Feuilleton den ganzen Artikel abdrucken lassen.  
D. R. v. S.

## Bestellungen

nehmen an alle Buchhandlungen und Buchbindungen des In- u. Auslandes.

## Filial-Expeditionen.

New-York: Soc.-demok. Genossenschaftsbüro, 154 Eldridge Str.  
Philadelphia: E. Geh, 600 North 3rd Street.  
J. Hall, 1129 Charlotte Str.  
Hoboken: F. H. Geyg.  
Chicago: H. Bonferrmann, 74 Clybourn Ave.  
San Francisco: J. Guy, 419 O'Farrell Street.  
London: Bendish, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

## Sozialpolitische Uebersicht.

— Zur Heiligkeit der Ehe. Ist genug hat man uns von Seiten der Ordnungsmänner vorgeworfen, daß wir die Familie untergraben und die Heiligkeit der Ehe mißachteten; wir haben dann solche Angriffe dadurch zurückgewiesen, daß wir den Beweis erbrachten, daß die Heiligkeit der Ehe in der heutigen Gesellschaft nicht existire und nicht existiren könne, daß wir nur die Formen weniger stark gestalten, aber das sittliche Wesen der Ehe rein und getragen von der Liebe herstellen wollten. Man hat unsere Bemühung nicht gelten lassen wollen; wir bringen einen neuen. Aus München bringen die Zeitungen aller Parteien folgende Notiz:

„Eine für die moralischen Zustände Münchens recht charakteristische Thatsache ist neuestens von einem hiesigen statistischen Bureau festgestellt worden: unter den hier mit Karten versehenen Prostituirten befinden sich nämlich nicht weniger als 203 verheirathete Frauen! Bedenkt man, daß diese Weiber ihr schändliches Gewerbe nur mit ausdrücklicher, zu Protokoll erklärter Einwilligung ihrer Ehemänner betreiben dürfen, so kann man sich ein Bild von dem sittlichen Werthe und dem Glücke solcher Familien machen. Die Gatten derartiger Prostituirten gehören keineswegs durchaus jener Sorte von Ehemännern an, die des Morgens die Oefen und des Abends die Menschen todt schlagen und die als die sogenannten Reggerstrizzi bekannt sind, sondern sind theils fleißige Arbeiter, theils Pächter, theils auch Subalternbeamte.“

Wie in München, so sieht's an vielen anderen Orten aus. Die Polizeibehörde selbst ist einverstanden mit solcher Auffassung von der Heiligkeit der Ehe — und warum sollte sie, die Beschützerin der heutigen Gesellschaft, es nicht sein, da die Gesellschaft ja selbst damit einverstanden ist? Und weshalb sollte die heutige Gesellschaft mit solcher Auffassung nicht einverstanden sein, da ihr ganzes Prinzip ja auf solcher Auffassung im Allgemeinen beruht? Ihr ganzes Prinzip, welches es jedem Einzelnen zur Pflicht macht, so viel Kapital aus seinem Besitzthum und seiner Ausbeutungskraft zu schlagen als möglich — und dies thun die Münchener Ehemänner — sie schlagen Kapital aus ihren Weibern. — Wie werden sich die Verfechter der liberalen Oekonomie, die Herren Schulze und Unruh, und, allen Anderen voran, der Herr Reichstagsabgeordnete Dunder über diese „liberalen“ Ehemänner freuen!

— Die Gewerbeordnungs-Commission entledigte sich des ersten und wichtigsten Theils der ihr vom Plenum aufgetragenen Arbeit mit derselben „affenartigen Geschwindigkeit“ und unter den gleichen „mustergiltigen Formen“, wie dies im „hohen“ Hause unter dem Hochdruck des National-Scrovlismus so Brauch ist.

Das Präsidium der Commission hatte die Absicht, eine eingehende Berathung der Anträge einzuleiten, jedoch die Herren Graf v. Lurzburg und Behrensperg hatten anders beschlossen; dieselben reichten folgenden Antrag ein:

- Der Reichstag wolle beschließen:
1. Den Antrag v. Galen und Genossen abzulehnen.
  2. Die Anträge:
    - a) v. Seydewitz und Genossen,
    - b) Ricker, Behrensperg und Genossen,
    - c) Frißche, Nebel und Genossen,
    - d) Dr. Hirsch und Genossendem Reichskanzler als Material für die zur nächsten Session in Aussicht gestellte Novelle zur Gewerbeordnung zu überweisen.

Die eigentlichen Motive für diese Anträge waren folgende: Der Antrag v. Galen und Genossen (der Ultramontanen) enthielt nach Ansicht der Antragsteller ein Mißtrauensvotum gegen die liberale Majorität, die ja in erster Linie die Gewerbegesetze „verbrochen“ haben, und dann mochte man der Regierung die Initiative der Gesetzgebung nicht entziehen, wahrscheinlich im Vollgefühl des beschränkten Unterthanenverstandes; offiziell natürlich gab man die Erklärung ab, die Zeit sei in dieser Session schon so weit vorgerückt, daß an eine eingehende Berathung der umfangreichen Materie nicht zu denken sei.

Nachdem die Nationalliberalen und Fortschrittler gesprochen, wurde der übliche Schlafantrag eingebracht. Wer hier den parlamentarischen Würgengel St. Valentin spielte, war nicht zu ermitteln. Den Vertreter der Sozialisten aber hatte er mündtob gemacht. Derselbe stimmte für Fortsetzung der Debatte, denn er hatte beabsichtigt, eine Trennung des Antrags in Vorschlag zu bringen, und zwar dahingehend, den zweiten Theil mit Ausnahme des Antrags v. Seydewitz und Genossen der Regierung zur theilweisen Verächtigung zu überweisen, aus dem Antrag v. Galen aber diejenigen Punkte auszuscheiden, welche eine Reaktion auf gewerblichem Gebiet bezweckten.

Als er sah, daß nichts anderes übrig blieb, als für den Antrag v. Lurzburg's etc. oder gegen die Ueberweisung auch des sozialdemokratischen Antrags an die Regierung zu stimmen, entschied er sich für das erstere, zumal seine Stimme nicht mehr ausschlaggebend sein konnte und er wahrscheinlich Gelegenheit haben wird, in der Petitionsberathung, welche die Commission noch vorzunehmen hat, und im Plenum selbst keinen Standpunkt zu motiviren.

— Zum Arbeiterschutzgesetz. Man schreibt uns: „Müssen St. Nicolas, 20. April. Bei Durchlesung des Arbeiterschutzgesetzes vermisse ich schmerzlich, daß die sozialistischen Abgeordneten die Hausindustrie, namentlich aber die Verhältnisse der Weber zu ihren Fabrikanten und Faktoren gar nicht berücksichtigt haben. Sie können sich keinen Begriff machen, wie viele

Tausende von Hauswebern namentlich dadurch unter der Willkür der Fabrikanten leiden, daß diese jeden beliebigen Betrag ohne jede gerichtliche Untersuchung am Lohne, ja den Lohn oft ganz abziehen können; ferner wie die sogenannten Faktoren für ihre Arbeitsvermittlung unverhältnißmäßige Beträge in Abzug bringen, deren Höhe man aber nicht erfährt, weil auf den Musterzetteln (Arbeitsvertrag) kein Lohnsatz seitens des Fabrikanten angegeben ist. Ja noch mehr: der Fabrikant erkennt den Arbeiter gar nicht an, sondern sagt bei etwaigen Differenzen einfach: „Mit Ihnen habe ich nichts zu thun, ich habe es bloß mit dem Faktor zu thun n. s. w.“ Diese Zustände müssen unter allen Umständen beseitigt werden, wenn die Leute nicht selbst an der Sozialdemokratie verzweifeln sollen. Ich bitte Sie dringend, wenden Sie Ihre ganze Kraft daran, daß auch für die Weber etwas geschehe! Sie dürfen überzeugt sein, daß Sie sich viel Dank erwerben werden.

Es scheint mir, daß sich in Titel VII bei § 111 ein Paragraph einschalten ließe, etwa so:

§ 111a. Wer für eigene Rechnung Webwaaren oder Fantasie-Artikel aus Wolle, Seide, Baumwolle, Pflanzenfasern, Glas, Haaren etc., sowie aus dergleichen Stoffen bereitete Garne (Gespinnste) außer dem Hause bei Webwerktreibenden oder Arbeitern oder Arbeiterinnen in deren Wohnung arbeiten lassen will, oder wer dies durch einen Dritten besorgen läßt, ist verpflichtet, jedem Arbeiter bei Uebergabe der Stoffe einen schriftlichen Arbeitsvertrag einzuhändigen.

Der Vertrag muß enthalten:

- 1) Den Namen des Arbeitgebers.
- 2) Ort und Zeit der Uebergabe, sowie die Bezeichnung eines etwaigen Vermittlers.
- 3) Alle nötigen Ausführungs-Vorschriften zur richtigen Fertigung der Waare in unabweisbarer, klarer und verständlicher Sprache.
- 4) Der Lohnbetrag für ein bestimmtes Quantum Waare ist in Reichsmünze zu zahlen.
- 5) Bestimmungen über die Vermittlungsgebühren für etwaige Dritte.
- 6) Bestimmungen über die Zahl oder das Gewicht der zu verarbeitenden Waare oder Stoffe.

Nicht nach Vorschrift gelieferte Waaren hat der Fabrikant unverzüglich dem Gewerbegericht oder dem an dessen Stelle fungierenden Ortsgericht zur Beurtheilung vorzulegen, dasselbe ist innerhalb 8 Tagen den Streitfall zu untersuchen und zu erledigen.

Die Gewerbegerichte sind befugt, Lohnabzüge für schlecht gearbeitete Waaren zu verfügen; diese Abzüge dürfen den dritten Theil des Arbeitslohnes für die vorliegende Waare nicht übersteigen.

Arbeitgeber sowie Arbeitsvermittler, welche ohne Genehmigung des zuständigen Gerichts Lohnabzüge machen, sind mit vier Wochen Gefängniß oder mit Geldbuße nicht unter 100 Mark zu bestrafen.

August Wils. Döhn.

(Da die Gewerbeordnungs-Kommission im Grunde genommen nicht mehr in Aktivität sich befindet, so können in derselben obige Andeutungen unseres Genossen nicht mehr vorgelegt werden. Es empfiehlt sich nun, soweit sich jene Andeutungen nämlich in greifbare Gesetzesparagrafen fassen lassen, daß die sozialistischen Abgeordneten bei einer eventuellen Regierungsvorlage in nächster Session in Form von Amendements obige Anschauungen zur Geltung zu bringen suchen. Red. d. B.)

— „Die guten Wünsche Deutschlands begleiten die russischen Waffen“ — diese Gemeine Lüge und Bauchrutscherei vor dem Czaren leistet die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“. Die Kreise, in deren Namen die „Norddeutsche“ schreibt, bilden glücklicherweise nicht Deutschland; das deutsche Volk mit Ausnahme jener Kreise will mit russischen, „Stannis- und jontigen Linsen“ und russischer Schnapskultur absolut nichts zu thun haben, es will nicht, daß der „Erbfeind“ obsege und Eroberungen mache, auf daß später die russische Krante auch auf seinem Rücken tanze — deshalb läßt die „Norddeutsche“; sie „bauchrutsch“ vor dem Czaren, nämlich vor dem Bilde desselben, welches auf den russischen Rubeln glänzt.

— Das Manifest des Kaisers von Rußland, in welchem allerhand Humanitätsschwandel getrieben wird, dient selbstverständlich noch immer als Biellscheibe derber Angriffe und bitterster Satyre. So meint die Wiener „Neue Freie Presse“, daß aus ihm und den übrigen russischen Aktenstücken „der parfämirte Kofal rieche“.

— Zum türkisch-russischen Kriege. Ganz besonders auffallend hat es berührt, daß russische Truppen die türkische Grenze schon vor der Kriegserklärung überschritten haben. — Bei Batum in Asien soll das erste Gefecht geliefert worden sein, in welchem die Russen geschlagen sind und 800 Mann verloren haben. Diese Nachricht kommt über Constantinopel und ist deshalb mit Vorsicht aufzunehmen, wie alle dergleichen Nachrichten, da die Türken sowohl als die Russen im Augenblick mehr auszeichnen werden als im Siege. So können wir auch schon aus russischer Quelle melden, daß die Russen gleichfalls in der Nähe von Batum mehrere türkische Grenzstädte ohne Gegenwehr besetzt und 107 Gefangene gemacht haben. Ob diese „Gefangenen“ türkische Soldaten, oder wehrlose Frauen und Kinder waren, davon verräth die Depesche allerdings nichts. — Der Bicekönig von Egypten hat bis jetzt dem türkischen Sultan 35,000 Mann, die theils unter dem Oberbefehl des amerikanischen Generals Stone stehen, zur Verfügung gestellt.

— Russisch-Polen soll in Belagerungszustand versetzt werden; man befürchtet in Petersburg einen polnischen Aufstand. Wie verlautet, will Preußen ein Observationscorps an der russisch-polnisch-deutschen Grenze aufstellen. Danach scheint ein Defensivbündniß zwischen der russischen und deutschen Regierung vorhanden zu sein.

— „Die gottlose Frömmigkeit und blutdürstige Menschenfreundlichkeit“ der Russen findet in den englischen Journalen einstimmige Beurtheilung. Die ministeriellen Blätter erklären den Angriffskrieg der Russen gegen die Türken als direkt gegen die Engländer gerichtet. England rüstet und zwar in bedeutendem Maßstabe, die Offiziere werden in die Heimath beordert und die Flotte des Mittelmeeres wird verstärkt.

— Gegen das Erkenntniß des Bezirksgerichts München i. d. J., welches 47 Münchener Genossen von dem Vergehen der Fortsetzung eines verbotenen Vereins freisprach, hat der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Der Münchener Staatsanwalt will nun einmal, wie der See in der Fabel, alljährlich sein sozialistisches — Opfer haben.

— Am Sonnabend (28. April) wurde Bahlteich in geheimer Schöffengerichtssitzung zu Wittweida wegen Majestäts- und Richterbeleidigung zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. Der Staatsanwalt beantragte sofortige Inhaftnahme, der Gerichtshof entschied sich aber für Entlassung auf Handgeld. Wir werden auf dieses, leider nicht mehr unerhörte Urtheil zurückkommen. Bemert sei bloß, daß Bahlteich im Reden wie im Schreiben sich notorisch der äußersten, mitunter fast übertriebenen Erscheinenden Maßigung befleißigt, daß Wittweida in seinem ehemaligen Wahlbezirk liegt, und daß die Schöffen der besitzenden Klasse angehören.

— Es ist uns folgende Erklärung zugegangen:

„An die Redaktion des „Vorwärts“, Leipzig.  
Bei Annäherung der Wahl Hasenclaver's fragen Sie in Nr. 48 Ihres geschätzten Blattes: „Was sagt Herr Holthof zu diesen Ausführungen, dem sein juristisches Gewissen verbot, für die Gültigkeit der Wahl zu stimmen?“

Was ich dazu sage? Zunächst, daß ich weder für die Anschauungen der „Frankf. Btg.“ verantwortlich bin, noch daß die Ansichten dieses Blattes für meine Abstimmungen maßgebend sein können, zumal, wenn ich sie, wie in diesem Falle, für unzutreffend ansehen muß.

Auf die Thatsache, ob die Verbestung der Liste vor oder nach dem Auslegen der Listen (auf Grund des § 8 des Wahlgesezes) stattgefunden hat, kommt es absolut nicht an. Denn das Reklamationsverfahren kann sich gescheit nicht auf die Vertheilung der Listen in die einzelnen Wahllokale beziehen. Die in den verbesteten Listen figurirenden Wähler waren eben wahlberechtigt, weil sie in der (allgemeinen) Wählerliste standen, der durchgreifende Grund für die Kassation der Wahl, wurde gerade darin (meiner Anschauung nach mit Recht) erblickt, daß durch ein großes Versehen des Magistrates wirklich Wahlberechtigte widerrechtlich von der Wahl und zwar in einer Zahl ausgegeschlossen waren, die bei der schwachen Majorität von Einfluß auf das Resultat sein konnte.

Das ist in Kürze, was mich bestimmt hat, nicht für die Wahlkassation zu stimmen, sondern mich der Abstimmung zu enthalten. Wenn dies übrigens zur Kenntniß des „Vorwärts“ kam, so war

dies deshalb der Fall, weil ich lokal genug war, von meinem Verhalten den sozialdemokratischen Abgeordneten Mittheilung zu machen. Ich war dazu nicht verpflichtet, konnte vielmehr einfach den betreffenden Verhandlungen fern bleiben — auch sozialdemokratische Abgeordnete werden ja nicht leugnen können, daß man zuweilen bei wichtigen Debatten fehlen darf — ich hielt es indes für meine Pflicht aufwendend zu sein und von meinem Eindruck den Kollegen Mittheilung zu machen. Wenn man die auf diese Weise erlangte Kenntniß zu einem Angriffe auf mich benützt — so darf ich es gewiß dem Urtheile jedes Unbefangenen anheimstellen, ob das die richtige Antwort auf mein Verhalten ist.

Ich darf Sie wohl bitten, obige Zeilen in Ihrem geschätzten Blatte aufzunehmen.

Berlin, 26. April 1877.

Hochachtungsvoll

Karl Holthof.

(Von einem Angriffe auf Herrn Holthof in bewegter Notiz kann gar nicht die Rede sein; eine einfache Frage, die eine Antwort verdient und auch erhalten hat, ist kein Angriff. Bei den nahen Beziehungen, in denen Herr Holthof zur „Frankf. Btg.“ steht, lag die Frage gleichfalls sehr nahe. — Die Antwort selbst freut uns; die Erklärung des Herrn Holthof aber, die rechtliche Seite der Reichstagsabstimmung betreffend, genügt uns durchaus nicht — wir stehen nach wie vor auf dem von der „Frankf. Btg.“ vertretenen Standpunkt. D. R. d. B.)

u Berlin, 26. April.

In meinem Bericht über die vorgestrige Tagung habe ich eines Zwischenfalls nicht erwähnt, der im Hause beinahe unbeachtet blieb und auch mir entging, aber so recht bezeichnend ist für unser parlamentarisches Leben. In einer Mehrforderung im Militäretat (12,000 Mark für die Commandantur von Köln) ergriff der Demokrat Payer das Wort und sprach sich entschieden dagegen aus, daß man dem Volk in dieser Zeit drückenden Nothstandes neue Steuern auflege. Die Erwähnung des Nothstandes im Zusammenhang mit dem Militärbudget machte den Präsidenten v. Jordanbeck „nervös“ — er verwies Payer „zur Sache“. Der „zur“ Sache Verwiesene meinte, er sei bei der Sache, und wollte dies kurz begründen. Flugs wurde er von dem wachsamem Präsidenten zum zweiten Mal „zur Sache“ verwiesen, und zwar mit Hinweisung auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung (daß dem Redner, der dreimal zur Ordnung oder zur Sache verwiesen ist, das Wort entzogen werden kann). Herr Payer sah nun, daß er dem Vasso der Geschäftsordnung verfallen war, und verließ die Rednerbühne mit dem Bemerkten, daß er bei der dritten Lesung des Etats sich zum Wort melden werde. Ob's ihm etwas näher wird? Mit der parlamentarischen Redefreiheit wird's bei der dritten Lesung des Etats nicht besser bestellt sein als bei der zweiten.

Die vorgestrige Abend Sitzung war dem Rest des Etats gewidmet, der auch mit Dampfgeschwindigkeit glücklich erledigt ward. Die Position betreffs Kasernenbauten gab Demut der Gelegenheit, die Koffspieligkeit und Unzweckmäßigkeit (namentlich auch in gesundheitlicher Beziehung) zu geißeln, was er denn auch gründlich besorgte — zum großen Aerger der Majoritäts-Abgeordneten, die vor stürmischer Sehnsucht nach dem Souper mit obligaten Seideln oder Schoppen an nichts Anderes mehr denken konnten. Ein englischer Bess meint, gar mancher Angeklagte sei gehent worden, weil die Geschworenen Hunger gehabt. Wie manche Million wird unbesehen bewilligt, weil die Volksvertreter Hunger (und Durst) haben.

Heute: dritte Lesung des Etats. Zunächst Generaldebatte, zu der sich unserereits Liebkecht zum Wort meldet. Es wird ihm aus dem Bureau mitgetheilt, daß vor ihm fünf Redner sich zum Wort gemeldet haben, und er nach Maltzahn-Wälsch das Wort erhalten werde. Erster Redner: Benda (nationalliberal) lasert 19 1/2 Minuten, genau nach der Uhr gezählt, — etwas Anderes als nach der Uhr sehen kann man natürlich nicht während der Rede dieser gelungenen Personifikation der Langweile. Gott sei Dank — er ist fertig. Abgeordneter Jörg hat das Wort! — ruft Präsident Jordanbeck, seine sonst dumpf gurgelnde (bauchrednerartige) Stimme klingt hell und scharf, und das „Jörg“ wird eigenthümlich betont. Erwartungsvolle Stille, die Herren an den Minister- und Bundesrathstischen werden unruhig. Herr Jörg schreitet feierlich würdevoll auf die Rednerbühne — das bedeutet eine große Aktion. Die Herren an den Minister- und Bundesrathstischen werden unruhiger. Herr Jörg ist oben angelangt, räuspert sich, streicht sich den Kopf von hinten nach vorn, als wolle er ihn magnetisiren, und lästet dann gravitätisch den Dedel, welche die „Staatsmänner“ über den Herentleffel der orientalischen Frage gestülpt haben. Er schnüffelt

## Ein englisches Programm.

(Schluß.)

Reformen in der Erziehung.

Erste Stufe des Fortschritts. Forderungen der Gegenwart.

1. Der Elementar-Unterricht ist obligatorisch.
2. Um das Talent zu erwecken, schließt der Elementar-Unterricht die Grundzüge der Wissenschaften und Künste ein.
3. Selbst die ersten Schritte im Elementar-Unterricht werden begleitet durch industriellen Unterricht, wie die Kenntniß und Handhabung der in den verschiedenen Gewerben gebrauchten Werkzeuge, zu dem Zweck alle Kinder für die Beherrschung in den Rational-Werkstätten und industriellen Unterrichts-Etablissements vorzubereiten.
4. Die Kinder werden theilweise oder vollständig in den Regierungs-Kostschulen verpflegt und logirt, falls ihre Eltern es wünschen und für sie bezahlen.
5. Ein gradweises Aufsteigen oder Befördertwerden durch alle Erziehungs-Etablissements des Staates, von der Kleinkinderschule bis zur Universität, wird den Kindern der ärmsten Bürger zugänglich gemacht. Zu diesem Zweck wird eine große Summe aus der National-Schatzkammer reservirt und als Stipendien, Preise und Freistellen, talentvollen und würdigen Studenten zuerkannt.

Zweite und dritte Stufe des Fortschritts. Erziehung im communistischen Staat.

1. Alle Kinder werden in Regierungs-Unterrichts-Anstalten untergebracht, verpflegt, gekleidet und unterrichtet und auf Kosten des Staates unterhalten.
2. Häufiger Verkehr zwischen Eltern und Kindern wird erlaubt sein.
3. Die Pflicht zu unterrichten ist für alle Bürger obligatorisch und wird von sich ablösenden Abtheilungen von Lehrern ausgeübt.

Reformen in der Rechtspflege.

Erste Stufe des Fortschritts. Forderungen der Gegenwart.

1. Ein Civil- und Strafprozeß hervorzurufen ist nach Vorher vom Parlament niedergelegten Prinzipien ausgearbeitet.

2. Die Resultate aller Bestrafungen werden in 10jährigen Perioden zusammengestellt. Nehmen in einer Periode von zehn Jahren die Verbrechen ab oder zu, so werden in den folgenden zehn Jahren die Strafen entsprechend vermindert oder vermehrt.

3. Jeder Mann, welcher die Wahlfähigkeit besitzt, kann in ein Geschwornen-Gericht gewählt werden.

4. Jedes Geschwornen-Gericht besteht aus 25 Mitgliedern, und ihre Verdikte werden durch einfache Majorität abgegeben.

5. Die Geschwornen werden für den Zeitverlust nach einer gesetzlich festgestellten Stala bezahlt.

6. Die Zahl der Richter bei jedem Verhör beträgt fünf.

7. Der älteste Richter verkündet den Urtheilspruch.

8. Der über den Angeklagten zu verhängende Urtheilspruch ist entweder einer, dem alle fünf Richter zustimmen, oder nicht. In letzterem Falle schlagen die dissentirenden Richter besondere Urtheilsprüche vor.

9. In beiden Fällen, sowohl der Uebereinstimmung als des Auseinandergehens, unterliegt der vorgeschlagene Urtheilspruch, oder die Urtheilsprüche der schließlichen Bestätigung der Geschwornen.

10. Im Falle, daß von den Richtern den Geschwornen verschiedene Sentenzen unterbreitet werden, wählen die letzteren eine derselben mit einfacher Majorität.

11. Im Falle das Richter und Geschworene nicht zu einer Uebereinstimmung kommen, und zwar nach genügender Beratung, soll der Fall dem Senat vorgelegt werden, wenn er von erstem Range ist.

12. Handelt es sich aber um geringere Verbrechen oder Civilklagen, so kann die Jury eine Milderung oder Verschärfung eines der von den Richtern vorgeschlagenen Urtheilsprüche empfehlen.

13. Diese Empfehlung wird vom ältesten Richter behandelt und sein Ausspruch soll die schließliche Entscheidung der Sache abgeben.

14. Jeder Criminal- oder Civilprozeß unterliegt der Behandlung folgender richterlichen Gewalten: Einem Staatsanwalt 5 Richtern, 25 Geschworenen, zwei älteren und zwei jüngeren Sachwaltern (lawyers, Rechtskundigen) für jede Seite, den

Spezial-Sachwaltern für jede Seite und einem Bertheidiger für jede Seite.

15. Der Dienst der öffentlichen Bertheidiger ist gänzlich unentgeltlich, und ihre Auswahl wird durchs Loos entschieden, wenn mehrere zu plaidiren wünschen sollten.

16. Kein Sachwalter darf als Bertheidiger plaidiren.

17. Den offiziellen älteren und jüngeren Sachwaltern werden die Fälle der Reihe um nach einer vom Gerichtshof veröffentlichten Liste zuertheilt, und sie erhalten vom Staat eine Bezahlung für ihre Dienste.

18. Eine festgestellte Anzahl solcher Weise verrichteter Dienste berechtigt die jüngeren Sachwalter ältere zu werden, und ältere Spezial-Advokaten, welche von den Privat-Parteien, falls sie als ihre Bertheidiger engagirt sind, bezahlt werden.

19. Der Verlauf eines Prozesses geschieht in folgender Ordnung: 1. Anklage durch den Staatsanwalt. 2. Zeugenverhör durch die Richter. 3. Kreuzverhör der Zeugen erst durch den Spezial- und dann durch die offiziellen älteren und jüngeren Sachwalter. 4. Verhör der Angeklagten durch einen der Richter. 5. Plaidovers der drei Sachwalter jeder Partei. 6. Bertheidigung des Advokaten. 7. Zusammenfassung durch einen oder mehrere Richter. 8. Verdikt der Schuld oder Unschuld. 9. Vorschlag des Urtheils durch die Richter. 10. Bestätigung des Urtheils durch die Geschwornen.

20. Die vierteljährlichen Sessionen werden ersezt durch permanente Sitzungen der Gerichtshöfe, und unmittelbar nach Beendigung der Beweise werden die Verhöre eingeleitet.

21. Jede Person, welche ins Gefängniß gesperrt worden ist und freigesprochen wurde, ohne daß der geringste Makel an ihrem Charakter hängen blieb, erhält eine Entschädigung, die ihr von den Richtern auf Empfehlung der Geschwornen zugesprochen wird.

22. Alle Verbrecher werden in mühseligen, aber produktiven Arbeiten beschäftigt, und das hieraus gewonnene Einkommen wird verwandt (nach Bezahlung ihrer Nahrung, Haft etc.), um solche Verbannten zu entschädigen, welche durch Verbrecher materielle Verluste, körperlichen Schaden etc. erlitten haben, wenn solche Verluste und Schäden gerichtlich festgestellt sind, und Entschädigung dafür von den Geschwornen befürwortet wird.

und gukt, und gukt und schnüffelt — und nachdem er 2 1/2 Stunden in der Topf geguckt und geschüffelt, war er und war das Haus so klug wie zuvor. Im Uebrigen war die Rede recht interessant. Jörg ist „weber Türke noch Russe“. Er will, daß die Türkei nicht den Russen überliefert, aber unter europäische Curatel gestellt werde — was nicht so ganz leicht, fintelmalen eine halbe Million regulärer und nicht viel weniger irreguläre Soldaten mit Flinten, die schießen, und Säbeln, die hauen, einen gehauenen und gestochenen Protest gegen besagte Curatel erheben. Das göttliche Verhängnis hat uns die Zuchttruthe der türkischen Okkupation eines Theils von Europa gebracht — das christliche Europa hat die heilige Pflicht, diese Zuchttruthe zu entfernen.“ Für einen orthodoxen Katholiken allerdings eine sonderbare Forderung — oder heißt es nicht, der Vorsehung in's Handwerf fischen, eine Zuchttruthe beseitigen zu wollen, die sie der christlichen Menschheit appliziert und dann hinter den Spiegel gesteckt hat? Romischerweise findet Jörg eine Beruhigung in den Worten Bismarck's, die deutsche Politik könne nur dann von dem Friedenspfad abgedrängt werden, wenn „vitale Interessen Oesterreichs berührt“ würden. Als ob Oesterreichs vitale Interessen durch die orientalische Frage nicht schon längst, und von Anfang an, berührt wären! Und als ob die Abdrängung vom Friedenspfad nicht auch in der Richtung nach Oesterreich hin erfolgen könnte! Schließlich entbedte Herr Jörg, daß in der Lösung der orientalischen Frage die Lösung der sozialen Frage stehe — was jedenfalls neu ist. Und diese seine merkwürdige Entdeckung führte ihn auf das Gebiet des Nothstandes; auf die Konferenz zur Lösung der sozialen Frage, welche die Reichsregierung 1873 in Berlin veranstaltete (Konferenz Wagner-Bucher und Stieber — letzteren vergißt Jörg zu erwähnen); auf die Sorglosigkeit, deren die Reichsregierung sich seitdem in ökonomischen Dingen schuldig gemacht; daß die soziale Frage zu lösen, habe sie den Kulturkampf eröffnet und „die Träger des sozialen Verderbens (die Sozialdemokraten) hereingelassen“ u. s. w. Deutschland leide darunter, daß es zugleich ein großer Militärstaat und ein großer Industriestaat sein wolle. Einige Stichleiten auf die Rolle der Kriegspause bildeten den Schluß der Jörg'schen Rede.

Die Herren an den Minister- und Bundesrathstischen setzten sich und keiner blieb stehen, um auf die Herausforderungen und Angriffe des Centrumsmannes zu antworten. Herr Bülow, der Bizekanzler für's Auswärtige, machte sich so dünn, daß man ihn kaum sehen konnte. Er war auch in schlimmer Lage — die Sphynx sieht schmolend, großend und unnahbar hinten in Barzin und hat Niemand in ihre politischen Räthsel eingeweiht. Böse Jungen meinen, die Sphynx selbst habe den Schlüssel nicht, oder habe ihn verloren. Wie dem nun sei, das fatale Dilemma, in dem sich der kleine Bizekanzler befand: entweder durch Schweigen dem — Ahselzuden des Reichstags oder durch Reden dem Jörn Ihrer Majestät, wollte sagen Nervosität, der Barziner Sphynx, zu verfallen. Er wählte das erstere Theil. Wohl bekommen! Nun war die Reihe an Bayer, der in kurzen, kräftigen Worten den Standpunkt der Demokratie gegenüber dem Militarismus vertrat. Ein paar gelispelte, unverständliche (jedoch anscheinend gegen Jörg gerichtete) Sätze des Junkers Malchahn-Gäh und — die Reihe zu reden war an Liebknecht. (Einer der fünf ihm angeklagten Vorredner war mysteriös verdunkelt.) Doch die Parlamentsgötter und ihr Valentin wollten es nicht. Es ist ein Schlusssatz eingegangen seitens des Abgeordneten Valentin! „gurgelt Forderndes in seinen tiefsten Gurgeltönen. Wer unterträgt den Schlusssatz?“ — „Unterstützung reicht aus — Wer für den Schlusssatz ist, den bitte ich, sich zu erheben!“ — Der Schlusssatz ist angenommen.“ Valentin, der Abends vorher in der „Frankfurter Zeitung“ sein Porträt gefunden, wirft einen triumphirenden Blick auf Liebknecht. Und er hat Ursache zu triumphiren, denn in ihm verkörpert sich der deutsche Reichsparlamentarismus. Das Volk aber wird wissen, was es von den Henkern des freien Worts zu halten hat.

Der Staatsstreik Valentin's war in diesem Fall um so weniger zu entschuldigen, als die Generaldebatte noch nicht 1 1/2 Stunden gedauert hatte.

Die Spezialdebatte wurde von Lasker zu dem Versuch einer Antwort auf die Ausführungen Jörg's benutzt. Der Versuch war nicht sehr glücklich, und wahrhaft komisch der Passus, in welchem er sich zum Dolmetsch der Molle'schen Rede aufwarf, und in dieselbe einen „erwintet friedlichen Charakter“ hinein deutete. (Der „große Schweiger“ nicht wohlgefallig, aber etwas erfaunt, und verlinkt dann in tiefes Sinnen.) Der Moment, Aufschlüsse über den Stand der auswärtigen Politik zu fordern, sei schlecht gewählt. Die Leitung der Geschäfte sei ja in guten Händen, und ähnliches Vertrauensgebüdel.

Windthorst übernimmt es, Herrn Lasker (und nebenbei

auch Herrn Malchahn-Gäh) die Reviten zu lesen. Es sei des Reichstags unwürdig, aus Respekt vor dem Bestand des Herrn Reichsanzlers den eigenen Bericht zu kritisiren; es müsse dahin gewirkt werden, daß die Volkvertretung einen Einblick in den Stand der Dinge gewinne. Rußland müsse daran verhindert werden, die Türkei zu verschlingen; um jeden Preis müsse man der Gefahr der panlavistischen Ueberfluthung begegnen. Jörg habe Recht, wenn er es für die Aufgabe Europas erklärt, die Türkei zu erhalten, aber der türkischen Wirthschaft ein Ziel zu setzen. Würden die diplomatischen Aftenstücke vorgelegt — was er sehr wünsche und lebhaft befürworte —, so dürfte sich vielleicht herausstellen, daß Deutschland in der einen oder anderen Phase der orientalischen Frage zu Gunsten des Friedens erfolgreich hätte eingreifen können. Es sei des Reichstags unwürdig, die Vertrauenspause zu blasen. Die Vertreter der Nation hätten ein Recht und die Pflicht, Aufschlüsse zu fordern.

Und dabei blickt die „kleine Erzellenz“ boshast hinüber nach dem kleinen Bizekanzler, der sich immer dünner macht und gewiß ein hübsches Schlüpfen gegeben hätte, wenn er in den Erdboden hätte schlüpfen können. Doch es erhebt ein Reiter in der Noth. Der „große Schweiger“, der inzwischen aus seinem Sinnen erwacht ist, erklärt, er habe in seiner vorgestrigen Rede nicht gesagt, was er habe sagen wollen, oder gesagt, was er nicht habe sagen wollen, je nachdem man es nehme. Er habe vielleicht Krieg gesprochen, aber er habe Frieden gemeint; der Abgeordnete Lasker habe ihn besser verstanden, als er (der große Schweiger) sich ausdrückt. Und damit setzte der große Schweiger sich hin, unter Zeichen des Erstaunens ob solch tiefgründiger Weisheit und sehr vereinzelter Bravos.

Valentin schneidet weitere Debatten ab. Und jetzt Hurre, hurre, hopp, hopp, hopp über einen Budgetposten nach dem anderen; in tausendem Galopp stürmt die Majorität vorwärts. Kein Hinderniß giebt's. Tausende, Zehntausende, Millionen — ein Sporndick und die Parlamentsmähre setzt lustig drüber weg. Bei dem englischen Gesandtschaftsposten giebt's einen kleinen Aufenthalt. Bei zweiter Lesung waren 30,000 Mark gestrichen worden; dieselben sollten wieder eingeschmuggelt werden. Abstimmung zweifelhaft. Hammersprung. 139 gegen 138 — die 30,000 sind gestrichen.

Das war aber auch die einzige Schlappe, welche die Loyalitätswichtige Majorität erlitt. Gleich darauf beantragte Schorlemer-Alst, 30,000 Mark an den Ausgaben für den Gefandten in Petersburg zu streichen. Bei der zweiten Lesung war dieser Posten nur auf Bismarck's persönliches Drängen bewilligt worden. „Weil Bismarck nicht hier, sei die Ablehnung wesentlich erleichtert“, meinte Schorlemer. Doch die Bismarck-Garde hielt fest zusammen — der Posten wurde bewilligt.

Das langweilige Einerlei des Jagagens wurde erst wieder unterbrochen, als bei Gelegenheit des Post- und Telegraphen-Etats der Abgeordnete Majunke von Reum auf die Thatsache aufmerksam machte, daß, trotzdem Reichspost- und Postgesetz bestimmen, daß den deutschen Zeitungen der Postdebit innerhalb der Reichsgrenzen nicht entzogen werden darf, die „Germania“ seitens eltsässischer Postanstalten nicht ausgegeben wird. Als dieser Gegenstand zum ersten Male im Reichstag angeregt wurde, erklärte der Postgesetzliche zum allgemeinen Halloß des Reichstags, daß das Postgesetz zwar bestimme, daß die Postbehörden die Zeitungsabonnements annehmen, nicht aber, daß sie die Zeitungen auch ausgeben müßten. Der Widerspruch, den diese Ausführungen im ganzen Hause fanden, war wohl die Ursache, warum heute an Stelle Stephan's ein juristisch mehr gebildeter Vertreter des Bundesraths das Wort nahm und in längerer Ausführung darthut, daß Eltsaß-Lothringen eigentlich „Ausland“ sei, daß aber, wenn man selbst davon absehe, die Thatsache, daß ein Gesetz vom Jahre 1872, wonach dem Oberpräsidenten das Recht zustehe, Zeitungen zu unterdrücken und zu verbieten, existire, genüge, um die Handlungen der Regierung zu rechtfertigen. Die Post handle vollständig gesetzlich und sie treffe kein Vorwurf, denn — in den Bruderländern Eltsaß und Lothringen herrschen eben Ausnahmestände, richtiger: Belagerungszustand. Daß dieser faktisch vorhanden, gestand denn auch der Abgeordnete Lasker zu, indem er ausführte, daß der Vertreter des Bundesraths vollständig Recht habe und es sonach nur von der Willkür des Oberpräsidenten von Eltsaß-Lothringen abhängt, welche Zeitungen von den dortigen Einwohnern gelesen werden dürfen. Und dies alles sechs Jahre nach der Annexion.

Nachdem dieser „Zwischenfall“ erledigt, ging es wieder im gewohnten Loyalitäts-Galopp weiter. Der Präsident verliest die Positionen, ohne daß ihn Jemand verstehen kann, die Abgeordneten stehen plaudernd in Gruppen herum oder befinden sich

draußen im Foyer; Millionen um Millionen werden ohne Widerspruch und ohne daß die meisten Abgeordneten wissen, um was es sich handelt, bewilligt; um einen heute gebrauchten Ausdruck des Abgeordneten Ridert zu wiederholen: es geht immer weiter. — Ja wohl, es geht weiter, nur ist die Frage, wohin es geht, und dürfte die heute herrschende Krisis und der allgemeine Nothstand nicht dem „Krieg in Sicht“ eine recht treffende Illustration dazu bieten, wohin es geht.

Schluß der Sitzung 4 1/2 Uhr. Die Sitzung, in der 540 Millionen Mark dem herrschenden System — davon über vier Fünftel dem Moloch des Militarismus — in den Rücken geworfen wurden, dauerte genau 5 Stunden, das heißt 108 Millionen die Stunde, fast zwei Millionen die Minute!

Volk, bewundere deine Vertreter!

27. April.

Zunächst einen kleinen Nachtrag. Ich vergaß gestern zu erwähnen, daß Windthorst den Umstand, daß in Leipzig provisorisch ein Gebäude für das Reichsgericht gemietet worden ist, dazu benutzte, die Reichsgerichtsfrage auf das Tapet zu bringen und den Verdacht auszusprechen, man betrachte in maßgebenden Kreisen die Verlegung des Reichsgerichts nach Leipzig noch nicht als definitiv und denke daran, dem Reichstagsbeschluß zuwiderzuhandeln. Die spitzigen Ausführungen der kleinen Erzellenz verletzten den Präsidenten des Reichsjustizamts, Herrn Friedberg, in außerordentlicher Aufregung. Der Mann stotterte, ward bald roth, bald blaß und kam mit Nähe zu der Erklärung, für die Regierung sei, nach dem Beschlusse des Reichstags, die Sache überhaupt nicht mehr zweifelhaft gewesen — eine Erklärung, die jedenfalls zur Klärung nicht beigetragen hat.

Heut haben wir das Nachspiel der „Zollschlachten“. Ein sehr schwaches Nachspiel. Das Ausgleichsgesetz steht zu zweiter Lesung auf der Tagesordnung. Das „Haus“ ist größtentheils nicht zu Hause, sondern draußen im Foyer, wo die Abgeordneten rauchen und plaudern. Innen bemüht sich „unser Braun“, die Saucen der freihändlerischen Gemeinplätze mit ein paar Wigen zu würzen. Es gelingt ihm aber nicht, obgleich er bei Weidinger Anleihen macht. Der alte Grumbrecht giebt sich Mühe, die lustige Person zu spielen, spielt aber bloß die traurige. Schorlemer-Alst giebt Braun aus Barmherzigkeit ein paar Fußtritte (wozu dieser, der sich durch einige „Schoppen“ gestärkt hat, vergnügt lächelt) und tirailirt dann gegen die bisherige gewirthschaftliche Politik der Reichsregierung, wobei er auch das Camphausen'sche Rezept nicht in's richtige Licht zu stellen vergißt. Dies bringt die Herren Achenbach und Camphausen auf die Füße. Der Herr Minister gegen Handel und Gewerbe, wie der „Geldner im Erit“ boshast Herrn Achenbach titulirt, ergeht sich in Allgemeintheiten und sucht den vergeblichen Beweis zu liefern, daß er früher nicht dem Manchestertum gehuldigt und den Großkapitalismus gefördert habe. Mehr zur persönlichen Bemerkung ergriff nach ihm sein College mit der fettigen Stimme das Wort. Er hat „die üble Gewohnheit“, auf Zeitungsangriffe nicht zu antworten; jetzt aber, da ihm das Camphausen'sche Rezept vorgeworfen werde, müsse er antworten. Er habe nie gesagt, daß die Löhne reduziert und die Arbeit vermehrt werden müsse — und verliest den betreffenden Passus seiner 1875er Rede, der zum Erstaunen des Hauses genau das besagt, was er nicht gesagt haben will. Er betrachtet es als „eine Hauptaufgabe der Regierung“, die Lage der Arbeiterklasse zu heben. Was insbesondere die vorliegende Frage angeht, so kann er sich nicht entschließen, das Thema: Schutzzoll oder Freihandel? hier zu erörtern, weil — dieses Thema auch nach seinem Tode noch die Menschen beschäftigen wird (oder weil die Erörterung vielleicht das Ministerportefeuille kosten könnte?)

Verschiedene Andere „reden“ noch; das, was sie geredet, wurde jedoch bloß für die Wähler oder den Geldbeutel der betreffenden Reichsboten „geredet“, und hat also für das größere Publikum und unsere Leser absolut kein Interesse.

Endlich — nach vierstündiger Entleerung — sind sämtliche Redebühnen verließ und es wird zur Abstimmung geschritten. Die Reihenfolge, in der über die verschiedenen Amendements u. s. w. abgestimmt werden soll, verurtheilt dem Bizepräsidenten Stauffenberg, der an Stelle Forderndes den Vorsitz führt, das übliche Kopferbrechen. Der Schweiß perlt ihm von der Stirn — er sieht so perplex aus, als tanzen die Amendements und Anträge mitsammt der Gesetzesvorlage ihm wirbelnd vor den Augen herum. Drei-, viermal setzt er an; drei-, viermal erhebt sich Widerspruch. Endlich kann die Prozedur von Statten gehen. Angenommen — abgelehnt — angenommen — abgelehnt. Und als man an den Regierungsantrag kommt, ist derselbe durch die vorherigen Beschlüsse seines Wesens vollständig

Zweite Stufe des Fortschritts. Spätere Rechts-Reformen.

1. Die Zahl der Bürger, welche eine Jury bilden, wird nach und nach erhöht.

2. Es wird mehr als ein Verteidiger zugelassen.

Dritte Stufe des Fortschritts. Rechtspflege im communisticchen Staat.

1. Alle bürgerlichen und Criminal-Prozesse werden vor die Volksversammlungen oder Theilparlamente gebracht.

2. Jedes Parlament hat ein permanentes juristisches Comité, dessen Präsident als öffentlicher Ankläger zu fungiren hat.

3. Der Beruf der Anwälte, Advokaten, Sachwalter hört auf. Organisation der Polizei.

Erste Stufe des Fortschritts. Unmittelbare Reformen.

1. Polizisten, Briefträger und Boten in Regierungsdiensten werden aus den Arbeitern derjenigen Gewerbe genommen, welche durch sitzende Beschäftigung oft der Gesundheit schaden.

2. Solche Leute lösen sich in ganzen oder halben Tagen ab, und das wird eine abwechselnde Erholung zwischen mühseliger Arbeit und erfrischender Beschäftigung im Freien ergeben.

Zweite und dritte Stufe des Fortschritts. Communisticches Reglement für diesen Dienst.

Polizei- und untergeordneter Regierungsdienst ist für Alle obligatorisch.

Militärische Organisation.

Erste Stufe des Fortschritts. Gegenwärtige Erfordernisse.

1. Das Rekrutensystem wird abgeschafft.

2. Die Soldaten werden theilweise bei dem Bau von Nationalwerken oder in nützlichen Gewerben verwandt und erhalten dann eine Lohnerhöhung.

Zweite Stufe des Fortschritts. Spätere Reformen.

1. Die stehenden Heere der modernen Staaten werden ersetzt durch Volkswahren, in die jeder wehrfähige Bürger eingereicht wird.

Kirchliche Reformen.

Erste Stufe des Fortschritts. Unmittelbare Forderungen.

1. Alle Kirchen werden gänzlich vom Staate getrennt.

2. Beide Houses of convocation werden aufgelöst.

3. Ueberflüssiges Kirchen-Eigenthum und kirchliche Einkünfte werden vom Staate eingezogen und zu Erziehungs-Zwecken benutzt.

4. Uebertriebene Besoldungen und einträgliche Sporteln werden gestrichelt.

5. Das Kirchen-Patronat wird abgeschafft, Pfarrer und Lehrer aller Richtungen werden von ihren betreffenden Gemeinden gewählt und abgeseht.

Zweite Stufe des Fortschritts. Spätere Reformen.

1. Alle Religionen und Sektten werden mit Bläßen zum Gottesdienst und Besoldungen für ihre Lehrer versorgt, wenn ihre Gemeinden zahlreich genug sind.

2. Niemand hat die Erlaubniß, Pfarrer oder Lehrer einer religiösen Sekte zu sein, der nicht anderwärts als nützliches Mitglied der Gesellschaft in Gewerbe, Manufaktur, Industrie, Wissenschaft oder Kunst beschäftigt ist.\*

Dritte Stufe des Fortschritts. Stellung der Kirchen im communisticchen Staat.

1. Religiöse Sekten und Gesellschaften dürfen sich die Mittel, Kirchen und Gotteshäuser zu errichten, nur durch eigene Anstrengungen verschaffen, nachdem sie vorher den ihnen zugefallenen Antheil an der nationalen Arbeit verrichtet haben. Gesundheitliche und andere Reformen von allgemeinem Nutzen.

1. Ein permanentes Gesundheitscomité tagt in allen Städten, stattet allen Lokalitäten, Häusern, Zimmern u. häufige periodische Besuche ab und berichtet über seine Verhandlungen an das Lokal-Parlament.

2. Jedes Individuum unterzieht sich jährlich einer ärztlichen Prüfung seines Gesundheitszustandes. Dies geschieht, um eine genauere Kenntniß der in gewissen Gewerben und Beschäftigungen herrschenden Krankheiten zu erhalten und jener Bernachlässigung und Unwissenheit entgegenzuwirken, welche sich heutzutage einer großen Anzahl von Personen so unglückbringend zeigen.

3. Alle Wertpapiere Armen, Bagabunden, Prostituirte, Schwindler und alle Personen ohne gesetzliche Mittel zum Unterhalt, werden zwangsweise in Strassfabriken, Minen oder Ackerbau-Colonien beschäftigt.

\* Vor 40 Jahren sah man noch an einer Haus Thür in Dublin ein Weisungsbild mit der Aufschrift: Pfarrer J. Foley, Tuchhändler. Das bildete eine Quelle sarkastischer Heiterkeit.

4. Die würdigen Armen, die Kränklichen, Alten, Blinden und alle anderen unfähigen Personen werden nach den humansten Prinzipien behandelt.

5. Die jetzigen Inassen der Armenhäuser werden nach dem Grade, in dem sie selbst Schuld sind an ihrer Armuth, classificirt. Je weniger sie die Schuld der Nachlässigkeit trifft, um so besser soll ihre Behandlung sein.

6. Im communisticchen Staat wird Trunkenheit zum Verbrechen erklärt, da es einen Mann zeitweilig oder für immer unfähig macht, seinen Pflichten gegen Staat und Familie als fleißiger Bürger nachzukommen. Ueberdies werden Trunkenheit und Schwelgerei im communisticchen Staat seltene Vorkommnisse sein, denn alle Speisen und Getränke werden vom Staat nach den ökonomischen und gesunden Verhältnissen vertheilt, gemäß dem natürlichen Hunger Aller und übereinstimmend mit der Erhaltung guter Gesundheit und gesundem Geiste. Trunkenheit wird überdies verhindert werden durch das Verbot, alkoholische Flüssigkeiten zu fabriciren, ausgenommen zu medicinischen und gewerblichen Zwecken.

Soweit das englische Zukunftsprogramm. Wir wiederholen nochmals, daß wir es mehr als einen interessanten Beitrag zur sozialistischen Bewegung aufgefaßt wünschen, als daß wir Alles, was dasselbe enthält acceptiren wollten. Manches darin ist, wie gesagt, etwas utopisch, rechnet nicht mit den Thatsachen der Verhältnisse und der menschlichen Natur; Anderes ist sehr annehmbar. Vorkünftig wollen wir die Aussonderung unserer Leser überlassen, vielleicht daß wir sie bei Besprechung des ganzen Buches selbst noch vornehmen.

— Ein würdiger Vertreter der Heiligkeit der Ehs. Vor einiger Zeit brachten wir eine Notiz über einen bekannten fortschrittlichen Abgeordneten, dem seine Frau entlaufen war, weil er die Heiligkeit der Ehs „alzuhoch“ hielt. Die „De. Fr. Ze.“ ergänzt nun jene Notiz noch in folgender Weise: Herr Dunder, der sonst — vorausgesetzt, daß er nicht wichtige Reisen beabsichtigt — Sozialistenbildung machte — ein recht fleißiger Besucher des Reichstags war, leistet, seitdem die stadtbekannteren Ereignisse circuliren, dem Abgeordneten Rayinger Gesellschaft, d. h. er glänzt durch beharrliche Abwesenheit. Fortschrittliche Blätter haben noch nichts davon gebracht. Wo Herr Dunder, der Mann der „Volkzeitung“, der Bienenfreund des Harmoniechors, der Mitgründer der Gewerksvereine, ist dieser lausche Joseph.

entfaltet und existenzfähig gemacht. Die namentliche Abstimmung, die auf Antrag erfolgt, ist eigentlich bloß eine Formalität. Der Entwurf ist tot, er braucht nicht mehr todgeschlagen zu werden. Resultat: 211 Nein, 111 Ja, 6 Enthaltungen. Die Niederlage der Regierung kann nicht eklatanter sein. Enthaltungen haben sich nur Sozialdemokraten, die keine Veranlassung zu haben glaubten, für den einen oder anderen der einander bekämpfenden Theile Partei zu ergreifen. Demmler und Blos stimmten — mit Rücksicht auf die Gefahr, welche der Entwurf durch die vorherigen Beschlüsse des Reichstags erlangt — mit Nein! Keine Partei des Reichstags stimmte „geschlossen“. Jeder stimmte nach seinen Privatneigungen oder Interessen — der beste Beweis, daß die Frage: Schutzloß oder Freihandel? keine prinzipielle, sondern eine rein praktische Frage ist.

Morgen giebt's noch ein Nachspiel des Nachspiels, nämlich eine Debatte über den Barnbäler'schen Antrag; außerdem steht morgen u. A. der Etat für Elsaß-Lothringen auf der Tagesordnung.

Es besteht die feste Absicht, den Reichstag nächste Woche zu schließen; natürlich muß dann eine Menge von Anträgen, Gesetzesentwürfen und sonstigen Materien unerledigt bleiben, doch das kümmert die „Diätenlosen“ nicht. Es treibt sie fort mit Sturmeswehen zu ihren „väterlichen Döfen“, um mit dem geistvollen Grafen Bethun-Huc zu reden.

28. April.  
Zwei Stunden hat er geredet! Nein, nicht geredet — gepeipet, wie ein Spag, der sich erkaltet hat. Zwei Stunden! Das geht ja über den Laßer. Und die Stimme — oder Nichtstimme. Vor neun Jahren konnte er noch reden, dieser Barnbäler; im Volkparlament donnerte er gewaltig gegen die Verprechtung und bildete den Krisenstimmungspunkt der reichsfeindlichen Elemente. Aber der kalte, trockene Nordostwind, der seitdem über Württemberg gestrichen ist, hat ihm den Ministerstuhl unter dem Leib weggeblasen und statt dessen einen Stodschmupfen gebracht, an dem er noch heute laborirt und wohl bis an's Ende seiner Tage laboriren wird.

Was er gepeipet? Keinen artikulirten Laut habe ich verstanden, und doch erfreue ich mich eines ziemlich scharfen Gehörs. Ich frage meinen Nachbar. Er schüttelt verzweifelt den Kopf. Ein zweiter Colleague — dito. Niemand hat ein Sterbenswörtchen verstanden — sogar die Stenographen, die unmittelbar vor dem Redner sitzen, verstehen nur Bruchstücke und lassen jeden Moment ihren Bleistift ruhen. Der Herr Exminister wird ihnen die geschriebene Rede für's Stenogramm liefern, und — das ist ja bequem für beide Theile.

Im Augenblick, wo ich meinen Bericht schließen muß — 1/2 Uhr Nachmittags — läßt Herr Hofmann seine kanzleramtpräsidentliche Verehrsamkeit mit grausamer Monotonie auf's Haus herabträufeln. Ein paar unvorsichtige Mitglieder, die sich auf die frohe Währ hin, daß Barnbäler geendet, aus dem Couloir (der breite Gang vor dem Sitzungsaal) und Kneipzimmer unvorsichtig hereingewagt, stürmen Hals über Kopf wieder hinaus, als wären sie von Furien verfolgt.

## Correspondenzen.

Ottensen. Die Wahlprüfungscommission des Reichstags hat die Wahl des Abgeordneten Bessler beanstandet, und steht zu erwarten, daß der Reichstag das Mandat kassirt, indem die bei Gelegenheit dieser Wahl vorgekommenen, sozialistischerseits in einem Protest gerügten Beeinflussungen und Bedrückungen der Wähler unerhörter Natur waren. Gegenstandsbild Bessler's war der Sozialdemokrat Stöhr, welcher bei einer Neuwahl in unserer Wahlkreise große Aussicht auf einen Sieg hat.

## Verband sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter.

Wir halten uns für verpflichtet, den Genossen obigen Vereins mitzutheilen, daß die Statuten seitens des königlichen Gerichtsamts im Bezirksgericht zu Jwida an den am 28. Januar d. J. gewählten Vorstand mit dem Bemerkten zurückgekommen sind, daß die in § 4 unter c, d und e enthaltenen Punkte vom königlichen Ministerium des Innern der Genehmigung bedürfen. Es sind daher seitens des Vorstandes die diesbezüglichen Schritte gethan worden, und glauben wir in einigen Wochen Statuten u. s. w. im Druck erscheinen lassen zu können. Die Genossen wollen daher kräftig für Ausbreitung des Verbandes Sorge tragen, damit die Wähen des Vorstandes belohnt, sowie den uns fernstehenden gezeigt wird, daß Ausdauer, Rath und Arbeit doch endlich noch zum Siege führen. Glück auf!  
Jwida, im April 1877. Die Verwaltung.

## In die Parteigenossen im 18. und 19. hannoverschen Wahlkreis.

Um einem schon lange gefühlten Bedürfnis für die Agitation abzuhelfen, ersuchen wir diejenigen Freunde und Genossen, welche Rednerkräfte für Versammlungen wünschen, dies rechtzeitig, d. h. 8-14 Tage vorher, bei dem Unterzeichneten schriftlich zur Anzeige bringen zu wollen, damit, soweit wie möglich, allen billigen Anforderungen Rechnung getragen werden kann.  
A. K. J. Salz,  
Bremerhaven, Osterstraße 20.

Den Genossen des hiesigen Kreises zur Nachricht, daß sich hier ein Agitationscomité gebildet hat, in welches gewählt wurden: F. Weder, Max Deder, F. Gundlach, D. Herbst, J. Steine, B. Georg, W. Heise. Briefe, die Agitation betreffend, sind an den Unterzeichneten zu richten.  
Freiburg i. B. J. F. Haug, Löwenstraße 6.

## An alle Sattler und Berufsgegnossen Deutschlands.

Collegen! Nach Beschluß des Vereins der Sattler und Berufsgegnossen wird in diesem Jahre abermals eine Generalversammlung stattfinden, und zwar zu Pfingsten in Leipzig, um gemeinsam über Mittel und Wege zu beraten, welche zur Verringerung und Förderung unserer Lage, sowie zum weiteren Ausbau unserer Vereinigung beitragen. Als Hauptpunkt ist wohl die zu gründende Central-Kranken- und Sterbekasse anzusehen. Betrachten wir die in unserem Gewerbe jetzt bestehenden Krankenverhältnisse, so muß man doch gewiß zugeben, daß in dieser Beziehung vieles zu wünschen übrig bleibt. Bei den jetzigen Kassen kommt es nur zu häufig vor, daß man Jahre hindurch zu einer derselben gehört hat und schließlich durch die Verhältnisse gezwungen wird, den Ort zu verlassen und somit auf alle Ansprüche und Rechte verzichtet muß. Noch schlimmer steht es aber mit dem an einigen Orten noch bestehenden Fabrik-Krankenkassen, bei denen man bei etwaiger Lösung des Arbeitsverhältnisses aller Ansprüche und Rechte trotz jahrelanger und theilweise hoher Beiträge verlustig wird. Ganz anders aber steht es mit der zu gründenden Central-Krankenkasse. Wer einmal dieser Kasse angehört und seinen Verpflichtungen pünktlich nachkommt, hat immer Anspruch an die Kasse, mag er nun arbeiten und wohnen wo er will. Dies ist gewiß ein bedeutender Vortheil gegenüber allen anderen Kassen, insbesondere für reisende Collegen, welche in anderen Kassen oft nach langer Zahlung von Beiträgen dennoch ohne jede Unterstützung in Krankheitsfällen bleiben. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Unterstützungskasse für Arbeitslose. Es ist nicht genug, uns in Krankheitsfällen zu unterstützen, sondern wir müssen auch im Falle der Arbeits-

losigkeit in jeder Beziehung solidarisches Handeln. Der Arbeiter ist unter den heutigen Verhältnissen bei eintretender Arbeitslosigkeit mindestens ebenso unterstützungsbedürftig, als in Krankheitsfällen. Der Kranke wird im dringendsten Falle, wenn auch nicht in gewünschter Weise, vom Staat oder der Gemeinde unterstützt, oder vielleicht in einer öffentlichen Anstalt untergebracht, für den Arbeitslosen hingegen hat unsere heutige Gesellschaft kein Gehör, der ist, wenn er sich nichts erspart hat, was aber bei den jetzigen Verhältnissen fast unmöglich ist, dem Elend preisgegeben, und daher kommt es auch, daß dem noch in Arbeit stehenden Collegen eine fast unerträgliche Konkurrenz geschaffen wird. Weiter wäre wohl auch unser Krankenunterstützungsweien noch auszuführen, welches hauptsächlich den jüngeren Collegen zu gute kommt. Aus den eben angeführten Punkten kann man wohl ersehen, wie der Verein bemüht ist, nach allen Richtungen die Interessen der Collegen zu wahren und zu fördern. Aber nur ein gemeinsames Hand-in-Handgehen kann es ermöglichen, etwas Gutes zu schaffen und uns nach jeder Richtung hin solidarisches zu zeigen. Freilich, einen augenblicklichen Vortheil oder sofortige Beseitigung aller Uebelstände unseres Gewerks kann keine Organisation gewähren, sondern nur durch festes Wirken und Streben können wir Schritt für Schritt etwas erreichen. Darum rufen wir Euch, die Ihr unserem Verein nicht angehört, zu treten ein in den gerechten Kampf, helfet uns mitwirken in unseren Bestrebungen, welche darauf gerichtet sind, unsere gegenwärtige trostlose Lage zu heben, sowohl in materieller wie geistiger und moralischer Beziehung. Ferner fordern wir diejenigen, welche sich in Lokalvereinen verbunden verbessern, auf, sich unserm Centralverband anzuschließen, denn nur durch centralistische Vereinigung können wir etwas Ganzes und Großes schaffen. Wünschenswerth wäre es aber, wenn Collegen oder Vertreter von Lokalvereinen an den Beratungen der Versammlungen Theilnehmen würden, um dadurch die Bestrebungen des Vereins genauer kennen zu lernen. Jede weitere Auskunft ist bei Unterzeichnetem einzuholen.  
Dresden, 28. April.

Mit collegialischem Brudergruß  
J. A. Ernst Enghardt, Humboldtstr. 6, 4. Etg.

## Parteigenossen und Abonnenten

des „Vorwärts“, „Hamburg-Altonaer Volksblatt“, „Roths Fahne“ u., welche gewillt sind, ihre geleihenen Blätter im Interesse der Partei zu verwenden, werden ersucht, dieselben bei Herrn Th. Leiding, Planke- mat, und bei Herrn W. Boh, Heiligergang 22, abzuliefern.  
Hamburg, A. Albrecht.  
Das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ wird um Abdruck obiger Zeilen gebeten.

## Warnung.

Vor etwa einem Jahre wurde ein Anstreicher-Geselle C. Triburg, damals in Welfenkirchen, wegen Unterschlagung aus der Arbeiterpartei ausgeschlossen. Derselbe hat sich jetzt einige Monate hier in Solingen aufgehalten, und trotzdem man sich vor ihm hütete, hat der C. Triburg auch hier sich der Unterschlagung schuldig gemacht, weshalb wir Jedermann vor demselben warnen.  
Die Exped. der „Solinger Freie Presse“.  
Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Quittung über die seit Februar d. J. für den nun verstorbenen Genossen Rudolph in Erfurt eingegangenen Unterstützungsgelder: Durch B. Richard aus Hattenbach 2,00; durch Ed. Wein aus Dresden 6,00; durch C. Meyer aus Braunschweig 12,00; durch H. Hartmann Hannover 5,00; durch P. Eisenhauer aus Mannheim von einer Verloofung 7,70; durch W. Müller 3,10; durch P. Regel 1,50; durch J. Roth 1,00; von verschiedenen Genossen 1,20; durch Ed. Wein aus Dresden 6,00.  
Erfurt, 23. April 1877.

Thomas Kühn.

## Briefkasten

der Redaktion. C. W. Traunstein. Ein Rinderjähriger kann wegen Beleidigung angeklagt werden; der Schriftsteller C. K. ist gegenwärtig in Altona. — Anonymus Berlin: Senden Sie uns den Aufsatz: „Die Philosophie des Unbewußten von Ed. von Hartmann zum Sozialismus.“ — Louis Michaels: Ihre „Aufsätze“ können nicht aufgenommen werden, weil sie von persönlichen Beleidigungen u. s. tropfen und — unserer Uebersetzung nach — auch nicht die Wahrheit enthalten. Auf dem Congreß haben Sie Gelegenheit, sich zu verantworten, und, falls es Ihnen möglich, die gegen Sie erhobene Anklage zu widerlegen. — der Expedition. R. Löwig hier: Das Versehen bei der Annonce ist Ihrerseits gemacht worden. — Klaus, Hamburg: Sie haben bei Ihrer Annonce den Tag der Versammlung angegeben verlesen.  
Quittung. J. Franz Jägerndorf Ab. 20,00. Währs Hamburg Ann. 2,40. Hdr hier Ab. 3,40. Jermis Philadelphia Schr. 40,00. Expedition der „Tagwacht“ Jülich Ab. 30,00. Agitationscomité hier Ann. 4,80. Uhlmann Cainsdorf Ab. 15,00. Kfmann Bludenz Ann. 0,30. Ab. 1,00. Fr. Kupp Straßburg Ab. 3,00. Schr Dresden Schr. 3,00. Herm Elberfeld Ab. 5,00. Anna Remond Schr. 1,82. Frdnthl Kruschwitz Ab. 2,40. G. Lnl Pieschen Ab. 7,40. Schr. 1,75. Grtmr München Ab. 183,25. H. Stehl Jwida Ab. 149,90. Pfunkh Cassel Schr. 9,60. Jhrds Hermannstadt Ab. 16,00.

## Fonds für Gemahregelte.

B. Kfmann Bludenz 3,10.

## Anzeigen etc.

Annoucen für die Mittwoch's-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitag's-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntag's-Nummer bis Freitag-Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoucen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.  
Die Expedition des „Vorwärts“.

Altona. Mittwoch, den 2. Mai, Abends 8 1/2 Uhr:  
Öffentliche Versammlung  
im Convent-Saal früher Wittmaack's Salon.

Tagesordnung: Vorlegung und Beratung der Statuten eines neu zu gründenden Vereins, eventuell Wahl eines Vorstandes. [80]

Flensburg. Sonntag, den 6. Mai, Abends 7 1/2 Uhr, bei Wittwe Rieken, Groß-Strasse 40: [81, 122]  
Öffentliche Arbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: Der diesjährige Sozialisten-Congreß in Gotha. [80]  
A. Fehner.

Hamburg. Große öffentliche Versammlung  
sämmtl. Töpfer von Hamburg u. Altona  
im Lokale des Hrn. Gähler, Große Rosenstraße 37.  
Tagesordnung: Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsbewegung. Referent Herr C. Breuel. [80]  
G. Klaus.

Osnabrück. Donnerstag, den 3. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Hrn. Hillebrand, Altemünze 21:  
Öffentliche Arbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: Betr. Beschickung des Congresses. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert es, daß die Parteigenossen sich in der Versammlung zahlreich einstellen. [80]

Ottensen. Mittwoch, den 2. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, in

## Bolksversammlung.

Tagesordnung: 1. Das hiesige Schulwesen und die Antwort des Ministeriums auf die Petition betreffend die hiesige Volksschule. Referent Max Stöhr. 2. Die eventuelle Neuwahl im 6. Wahlkreise. [1, 10]  
F. Heerhold.

Halle a. S. Metallarbeiter-Gewerkschaft.  
Geschlossene Mitglieder-Versammlung. [60]  
Tagesordnung: 1. Beratung über die andererseits gestellten Anträge. 2. Delegirten-Wahl. [8, 160]  
Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. [8]  
F. Gaudich.

Leipzig. Donnerstag, den 3. Mai, Abends 1/2 9 Uhr, im Thüringer Hof, Burgstr. 20:  
Öffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über den Sozialisten-Congreß und Wahl eines Delegirten. [60]  
Der Agent.

Leipzig. Mittwoch, den 2. Mai, präcis 9 Uhr, Sitzung im Lokal des Arbeiterbildungsvereins.  
Agitations-Comité.  
Der Vorstand. [30]

Leipzig. Vorträge der Gewerkschaften und Fachvereine werden Dienstag, Abends 8 Uhr, zu einer Besprechung im Lokale des Arbeiterbildungsvereins, sofort Beschickung. Allgemeine Gewerkschaftsversammlung freundlichst eingeladen. Zahlreiches Erscheinen sieht entgegen. [50]  
R. Ludwig.

Schuhleisten-Schneider, tüchtiger Arbeiter, findet Lager roher Tabake von Gebrüder Frenkel.

Hamburg, Neukadt, Fuhlenwiete 96.  
Wir empfehlen unser gut assortirtes Lager von Nohtabaken, und machen gleichzeitig darauf aufmerksam, daß wir neuerdings die Anordnung getroffen, selbst das kleinste Quantum zu verkaufen und Engros-Preise zu berechnen. [8160] 35 [270]

## Adressänderung.

Da Herr J. Franz aus der Volksbuchhandlung des Schweiz. Arbeiterbundes ausgetreten und eine eigene Buchhandlung begründet hat, so wolle man alle Sendungen an uns einfach:

Volksbuchhandlung, Zürich

oder noch besser:

Volksbuchhandlung, Zeltweg-Göttingen

mit Hinweglassung des Namens J. Franz adressiren. Wird der Name J. Franz noch neben demjenigen der Volksbuchhandlung auf die Adresse gesetzt, so werden die Sendungen gewöhnlich in der Buchhandlung des Herrn J. Franz abgegeben, was zu Verzögerungen und Verwirrungen Anlaß giebt.

Aljo nochmals: adressire man einfach

Volksbuchhandlung

ohne Beifügung des Namens J. Franz. [2a]

## Neue Welt

Erster Jahrgang, 1876, komplett

ist wieder versandfertig geworden, und wiederholen wir deren Empfehlung als jeder Bibliothek und besonders geeignet zu Fest geschenken.

Preis: angebanden 5 M., in elegantem Einbände 7 M. 50 Pf. franco nur gegen baar. Für Porto sind 50 Pf. einzufenden. Die Einbände tragen in Golddruck das große Titelbild des Festumschlages, darstellend:

„Die Befreiung der Menschheit“.

Diese eleganten Einbände sind à 1,20 Mark gegen baar oder Nachnahme (incl. Porto) durch uns, sowie durch die Buchbin- derei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstr. 16, zu beziehen. Bei Partiebegriffen entsprechender Rabatt. — Es empfiehlt sich bei Einzelbestellung Einlieferung des Betrages in Briefmarken. Leipzig.

Die Expedition der „Neuen Welt“.  
Färberstr. 12. II.

## Alle Gelder

für die statistische Tafel der sozialist. Wahlen

sind umgehend an August Geib, Hamburg, Rödingsmarkt 12, zu senden.

Die weiteste Verbreitung der statistischen Tafel liegt im Interesse der Partei!

Die Expedition der „Neuen Welt“.

Färberstr. 12. II.

BERLIN, SO., Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a.

Vorlag der „Berliner Freien Presse“  
Zur Uebersetzung von Druck-Anträgen jeder Art und jeden Umfangs, als: Zeitungen, Zeitschriften, Werke, Broschüren, Statuten etc. empfiehlt sich die

Verlag des „Märkischen Volksfreund“

Allgemeine Deutsche  
Associations-Buchdruckerei  
(Eingetragene Genossenschaft)

unter Zusicherung prompter u. reeller Bedienung bei soliden Preisen.  
Dampfkraft-Betrieb u. Doppel-Schneldrucken. — Anzettelungen jeden Genres: Karten, Circulare, Avise etc.

BERLIN, SO., Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hagenleber in Leipzig.  
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.  
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.